

1914: Am 20. Februar wird, aufgrund von staatsfeindlichen Äußerungen, Rosa Luxemburg zu einem Jahr Haft verurteilt.

1920: Adolf Hitler, gibt auf einer Münchner Veranstaltung am 24. Februar vor 2.000 Interessierten das Programm seiner Partei bekannt. Das Programm fordert unter anderem, dass die deutsche Staatsbürgerschaft für Juden aberkannt und der kürzlich entstandene Versailler Vertrag aufgehoben werden sollen.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

03. Ausgabe / 22. Jahrgang

Für Halle

14. Februar 2012

Unser Kandidat hat einen Namen – Swen Knöchel

Wie im November angekündigt, haben wir uns nun zu unserer 2. Tagung des 5. Parteitages über Kommunalpolitik in Halle verständigt und unseren Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt nominiert.

Von 74 gewählten Delegierten waren 62 anwesend. über 91% stimmten für den Vorschlag des Stadtvorstandes, also für Swen Knöchel. 3 Delegierte enthielten sich, 2 Stimmen waren ungültig. Ich denke, ein Ergebnis, das uns für einen kraftvollen Wahlkampf mobilisiert.

Der Vorschlag des Stadtvorstandes war das Ergebnis eines Diskussionsprozesses, den der Stadtvorstand in engem Miteinander mit der Stadtratsfraktion über ein Jahr geführt hat.

Uns war es wichtig, Euch eine Kandidatin oder einen Kandidaten vorzuschlagen, der als ernsthaftes, glaubwürdiges und überzeugendes Angebot an die Hallenserinnen und Hallenser wahrgenommen wird.

Wichtig war uns, unsere Partei mit dem Personalvorschlag strategisch aufzustellen und die Oberbürgermeisterwahl in unser politisches Gesamtprofil einzuordnen. Es gilt, die Kernthemen unserer Kommu-

nalpolitik sowohl im Oberbürgermeisterwahlkampf zu vermitteln als auch diesen Wahlkampf als unseren, zugegebenermaßen zeitigen Einstieg in den Kommunalwahlkampf 2014, zu begreifen.

Wir haben unseren Kandidaten zum Beispiel darauf geprüft, ob wir mit



ihm eine die Stadt voranbringende Kommunalpolitik leisten können. Mit Swen Knöchel als Oberbürgermeister und Bodo Meerheim als bewährten Fraktionsvorsitzenden sollte uns das gelingen.

Im nächsten Jahr haben wir bereits wieder Bundestagswahlen. 2009 haben wir den halleschen Bundestagswahlkreis mit Dr. Petra Sitte gewonnen – 2013 wollen wir dieses Ergebnis verteidigen.

Halle ist Universitätsstadt, die Stadt der Wissenschaften, Sitz der Leopoldina und zahlreicher Forschungseinrichtungen. Es ist also nur folgerichtig, dass Petra als Wissenschaftspolitikerin und Sprecherin für Technologie und Forschung unsere Stadt im Bundestag

vertritt. Ein linker Oberbürgermeister kann Rückenwind, auch aus Berlin, gebrauchen.

DIE LINKE Halle ist mit ihren 14 Stadträtinnen und Stadträten fest in der halleschen Kommunalpolitik verankert, Garant für diesen Erfolg ist unser Fraktionsvorsitzender Dr. Bodo Meerheim – er wird unseren Stadtverband in die Kommunalwahl 2014 führen. Der Stadtvorstand ist der Meinung, dass ein LINKER Oberbür-

germeister eine starke Fraktion im Rücken braucht.

Der Stadtvorstand hat analysiert, was Halle in seiner jetzigen Situation braucht. Die Amtsinhaberin hinterlässt ein reichlich ungeordnetes Feld, vor allem die Verwaltungsstrukturen sind ungeordnet und der vorgelegte Haushalt ist schlicht nicht verhandelbar, da ihm rudimentäre Aussagen zu Einnahmen und Ausgaben fehlen. weiter auf Seite -2-

Unser Kandidat...

Fortsetzung von Seite -1-

Auf einer solchen Grundlage ist es schlicht nicht möglich, von den Stadträtinnen und Stadträten eine fundierte Beratung zu erwarten.

Es lag also nahe, mit einem Verwaltungsrechtler und Finanzexperten jemanden ins Rennen zu schicken, der das hat, was Halle am dringendsten braucht:

Einen, der sich auskennt.

Swen Knöchel kennt sich nicht nur aus, sondern ist ein ausgewiesener Experte der halleschen Kommunalpolitik (seit 1999 im Stadtrat) und da er seit 4 Jahren unser Stadtvorsitzender ist, wisst ihr sicher auch, dass er in der Lage ist, Entscheidungen vorzubereiten und dann auch durchzusetzen.

Wir haben den Vorschlag am 17. Januar der Presse vorgestellt, ihr konntet danach lesen, dass er auch von anderen durchaus als kompetent angesehen wird, aber, so meinten viele Journalisten, zu unbekannt sei.

Da stellt sich mir die Frage: Was braucht Halle? Jemanden, der bekannt ist wie ein bunter Hund? Das war Grossi (der Mann mit der Schallplatte auf dem Kopf zweifellos) oder jemanden, der mit Kompetenz das Amt ausfüllen kann?

Ich persönlich kann mich der Einschätzung, unser Kandidat sei unbekannt, nicht wirklich anschließen. Swen hat in Halle Kommunalwahlkampf gemacht, hat einen engagierten Landtagswahlkampf geführt und ist bereits seit vielen Jahren in der halleschen Kommunalpolitik fest verankert.

Andere sagen, Swen sei zu jung für das Amt. Nun ja, man ist immer so

alt wie man sich fühlt, Swen ist nach Lebensjahren 38, er ist also beileibe kein Kind mehr!

Ich frage Euch: Muss man erst 58 oder 55 Jahre alt sein, um in dieser Stadt Oberbürgermeister zu werden? Ich denke, doch eher nicht. Swen hat 18 Jahre in der Landesverwaltung gearbeitet. Im vergangenen Jahr hat er noch einmal ein Studium erfolgreich abgeschlossen. Er hat sein Handwerk also gründlich gelernt.

In unserem Stadtverband ist er seit 1990. In der halleschen Kommunalpolitik arbeitet er, ich erwähnte es schon, seit 1999 mit. Seit 2007 ist er der Vorsitzende unseres Stadtverbandes und ist seit diesem Jahr Abgeordneter im Sachsen-Anhaltinischen Landtag.

Der Stadtvorstand denkt, dass er auch erfolgreich den Oberbürgermeisterwahlkampf bestreiten kann und eine ernstzunehmende Alternative zum Langzeit-Landtagsabgeordneten der CDU und dem Verwaltungsexperten ohne politi-

sche Erfahrung der SPD ist.

Uns ist auch bei Personenwahlen nicht allein die Person wichtig, sondern vor allem unser politisches Angebot an die Hallenserinnen und Hallenser.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es der LINKEN auch bei Personenwahlen nie um Personen, sondern immer um ein politisches Angebot geht. Es geht für uns bei der Oberbürgermeisterwahl um Kommunalpolitik, um unsere Positionen und nicht darum, welcher Kandidat die schönere Krawatte angelegt hat.

Lasst uns nun nach der Nominierung von Swen Knöchel den Oberbürgermeisterwahlkampf gemeinsam angehen, überzeugen wir die Hallenserinnen und Hallenser davon, dass das schönste hallesche Rathaus ein rotes Rathaus ist mit Swen Knöchel als Oberbürgermeister und einer starken, ab 2014 noch stärkeren Stadtratsfraktion.
Marianne Böttcher

Digitale Gesellschaft und demokratische und Veränderungspotentiale

23. 02.2012,

18 Uhr,

Vortrag und Diskussion mit

Halina Wawzyniak (MdB)

Ort: Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6, 06122 Halle

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

09.02.2012

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 23.02.2012

Politische Schwerpunkte bis 2013 gesetzt

Die Landtagsfraktion und der Landesvorstand der LINKEN waren zur gemeinsamen Klausurtagung in Dessau zusammengekommen.

Am Ende war es doch noch eine echte Winterklausur geworden. Über Dessau tanzten die Schneeflocken, doch knackig kalte Temperaturen änderten letztlich nichts daran, dass im Tagungssaal des Hotels Fürst Leopold die Köpfe heiß liefen. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 waren die Landtagsfraktion und der Landesvorstand der LINKEN Sachsen-Anhalt zur gemeinsamen Klausurtagung zusammengekommen. Mit den Abgeordneten der Linksfraktion im Bundestag wurden die politischen Schwerpunkte für die kommenden Monate abgesteckt und eine umfangreiche inhaltliche Agenda formuliert. Im Ergebnis zeichnet sich klar die Handschrift der LINKEN ab: Der Ausbau demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten, soziale Absicherung und Chancengleichheit sowie die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge stehen für Partei und Fraktion im Fokus ihrer Arbeit. Dahinter stehen konkrete Forderungen und Projekte, mit denen DIE LINKE die Landespolitik bis 2013 entsprechend gestalten wird. Diese während einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorzustellen, oblag im Anschluss an die Klausur Fraktionschef Wulf Gallert und dem Landesvorsitzenden der LINKEN, Matthias Höhn.

Chancengleichheit fängt bei Bildung an – entsprechend bleibt die Wiedereinführung des Kita-Ganztagsanspruchs für alle Kinder ein klares Ziel der LINKEN. Im Landtag wird sie einen eigenen Entwurf für

ein Kinderförderungsgesetz einbringen, das Ganztagsbetreuung nicht gegen Qualität ausspielt, wie Wulf Gallert meinte. Voller Einsatz gilt zudem der inhaltlichen wie strukturellen Wiedereingliederung der Hortbetreuung in die Schule sowie der Erarbeitung eines eigenen Gesetzes zur Gemeinschaftsschule. Bildung für alle heißt für die LINKE auch Inklusion voranzutreiben und eine Anschlusslösung an das 2013 auslaufende Schulsozialarbeiterprogramm zu unterbreiten.

Ein eigenen Entwurf hat die LINKE bereits für ein Vergabegesetz eingebracht – musste sie ja wohlwenn CDU und SPD eine Lohnuntergrenze bei der Vergabe öffentlicher Aufträge herzlich wenig interessiert. Es bleibt bei der Forderung von 8,50 Euro pro Stunde oder anders gesagt, nach guter Arbeit im öffentlichen Auftrag. Der Ausbreitung schlecht bezahlter und befristeter Arbeitsverhältnisse – vor allem an den Hochschulen und Bildungsträgern im Land, bei den Kulturschaffenden oder in der sozialen Arbeit – wird sich die LINKE konsequent entgegenstellen. Letztlich sollen Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von den öffentlichen Arbeitgebern im eigenen Verantwortungsbereich umgesetzt werden, wofür die DIE LINKE eine Enquetekommission „Verwaltungsmodernisierung“ im Land einsetzen wird.

Erlebte Demokratie an Schulen und Hochschulen, die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre und Transparenz auf Grundlage neuer Kommunikationsmedien versteht DIE LINKE indes unter dem Aus-

bau direkter Bürgerbeteiligung. Bis 2013 will sie eine Novellierung des Volksabstimmungsgesetzes anschieben, um Beteiligungsquoten zu senken und Partizipationsmöglichkeiten zu erweitern. Open Data und Open Government sollen perspektivisch zum Standard öffentlicher Verwaltung und Politik in Sachsen-Anhalt gehören. Hinsichtlich der Neustrukturierung der EU-Förderperiode ab 2014 setzt sich DIE LINKE zudem für eine öffentliche Debatte ein.

Im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge bleibt die Verbesserung der Kommunalfinanzen auf der Grundlage eines eigenen Finanzausgleichsgesetzes schließlich ein Schwerpunktthema. DIE LINKE wird Alternativen zu den angekündigten Kürzungen im Hochschulbereich aufzeigen und sich für eine solidarische Finanzierung der Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt stark machen.

Breitbandversorgung und der schnelle Zugang zum Internet gelten als unverzichtbare Bestandteile der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eigene Vorstellungen wird DIE LINKE zudem in die Debatte um die Vernässungs- und Grundwasserprobleme in Sachsen-Anhalt einbringen.

Wulf Gallert fasste es so zusammen: „Es ist nicht unsere Aufgabe die Konflikte der Koalition zu thematisieren, sondern eigene politische Alternativen aufzuzeigen“. Dazu wird immer auch die Unterstützung eines breiten zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechts gehören, was DIE LINKE mit einer einstimmig verabschiedeten Erklärung zur Klausurtagung unterstrich. „Nicht weg-

schaufen, sondern einmischen – nicht Ruhe, sondern Vielfalt“, ist dort unter anderem zu lesen.

Verbunden mit der konkreten Forderung nach der Abschaffung der sogenannten Extremismusklausel, die Matthias Höhn letztlich nur „organisiertes Misstrauen“ nennen konnte.

Bleibe einem Punkt noch eine klare Abfuhr zu erteilen:

Der Überwachung von Mitgliedern und MandatsträgerInnen der LINKEN durch den Verfassungsschutz.

„Die Bespitzelung ist untragbar“, sagte Matthias Höhn, um von Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht Klarheit zur Sache ein-

zufordern.

Der Landesvorsitzende stellte den Verfassungsschutz auf den Prüfstand – nicht zuletzt vor dem Hintergrund seines Versagens beim Fall der Zwickauer Terrorzelle. Gegen die Bespitzelung von Angehörigen der LINKEN werde man rechtliche Mittel einsetzen, denn sie diene einzig dazu, einen Teil des demokratischen Streits über Ideen, Werte und die Zukunft des Landes als illegitim abzustempeln und gesellschaftliche Kooperationen im linken Spektrum zu verhindern.

Katja Müller, Mitarbeiterin Web 2.0

**NAZI
AUFEM
ÄRSCHEN
STOPPEN**

Mit Nazis finden wir uns nicht ab – weder in den Parlamenten noch auf der Straße. Deshalb fordert DIE LINKE das NPD-Verbot und leistet gemeinsam mit vielen anderen überall dort Widerstand, wo Nazis und rechte Kultur auftauchen.

DIE LINKE.

Vortrag mit Diskussion
ROSA-LUXEMBURG-
STIFTUNG Sachsen-Anhalt
e.V.

06.03.2012

Beginn 18 Uhr

06112 Halle

Kulturtreff, Am Stadion 6

**Wächst die Linke
mit ihren
Aufgaben?**

Vielschichtige Krisenprozesse kennzeichnen die Entwicklung in Europa und in der Europäischen Union. Kritische Fragen an die realen gesellschaftlichen Verhältnisse kommen heute auch aus den Reihen der herrschenden Eliten. Sind die linken politischen Kräfte in Europa heute in der Lage, diese Verhältnisse auch real umzugestalten. Wo liegen gegenwärtig ihre Entwicklungsprobleme und welche Prozesse ihrer Lösung zeichnen sich ab. Helmut Scholz informiert und reflektiert zu dem Thema auf der Basis seiner konkreten Arbeit in der Europäischen Linkspartei und der linken Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament

MIT

Helmut Scholz

(Mitglied im Europäischen Parlament)

KONTAKT

RLS REGIONALBÜRO Halle

Blumenstr. 16, 06108 Halle

TEL/Fax: 0345-2025594

email: gs-halle@rosaluxsa.de

ROSALUXEMBURG

STIFTUNG Sachsen-Anhalt

Das aktuelle Argument

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Europäischen Fiskalvertrag stoppen! Sozialstaat und Demokratie verteidigen - in Deutschland und Europa!

Auf dem informellen Gipfel des Europäischen Rates am 30. Januar einigten sich die Regierungschefs der 17 Eurostaaten und 8 weiterer EU-Mitglieder auf den sogenannten „Fiskalvertrag“, mit dem die Eurokrise überwunden werden soll, und der eng mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) verknüpft ist.

Mit großem Druck auf die anderen Staaten hat die Bundesregierung ihre Forderungen durchgedrückt, die einseitig auf eine weitere Verschärfung der „Haushaltsdisziplin“ – d.h. auf vertraglich verankerte Sparrunden – setzen. Doch dieser Vertrag ist zur Krisenüberwindung völlig untauglich!

Stattdessen ist er ein massiver Angriff auf den Sozialstaat und die Demokratie in Europa!

Merkel will mit der Hilfe der Brüsseler Technokraten permanente Kürzungspolitik diktieren: Der Vertrag verpflichtet die Mitgliedstaaten zu mindestens ausgeglichenen Haushalten und zwingt sie dazu, Schuldenbremsen einzuführen, die mit unsozialen Kürzungsprogrammen einhergehen: Künftig dürfen sich Mitgliedstaaten lediglich um 0,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) neu verschulden, wenn ihre Schuldenquote über 60% des BIP liegt. Wer trotzdem neue Schulden macht und keine Sparprogramme auflegt, wird bestraft.

Ohne Rücksicht auf die soziale und wirtschaftliche Situation wird bei höher verschuldeten Staaten das Kürzungsdiktat zur obersten Priorität erhoben; sie müssen ihre Schulden um jährlich ein Zwanzigstel abbauen. Hierzu soll die EU-Kommission die Einhaltung des Vertrags überwachen und „Reformprogramme“ – d.h. Spar- und Privatisierungsvorgaben – für die betroffenen Staaten ausarbeiten. Und Staaten, die die Schuldenbremsen nicht einführen, dürfen beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) verklagt und von diesem mit Geldstrafen von bis zu 0,1% des BIP belegt werden.

Konkret bedeutet das zum Beispiel für Italien, dass das Land in den nächsten 20 Jahren historisch noch nie dagewesene Haushaltsüberschüsse erwirtschaften müsste. Die Entwicklung in Griechenland hat gezeigt, was das bedeutet: katastrophaler Wirtschaftseinbruch, explodierende Armut, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit.

Und vor allem: noch mehr Schulden!

Der Vertrag führt Europa in die Rezession und stürzt die Bevölkerung ins sichere Elend.

Denn nicht nur die sogenannten „Krisenländer“, sondern die Mehrheit der Eurozone- und EU-Mitglieder – auch Deutschland – reißen die unrealistischen Stabilitäts-

kriterien. Um den Vertrag zu erfüllen, müssten allein die Eurostaaten in fünf Jahren 1,5 Billionen Euro kürzen! Kahlschläge im Sozial- und Bildungsbereich, Stellenabbau im öffentlichen Dienst, Senkung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen sowie weitere Privatisierungen sind damit vorprogrammiert – die Agenda 2010 für ganz Europa!

Beschäftigte, Erwerbslose und RentnerInnen zahlen die Zeche für die Banken. Und das, obwohl erst die Bankenrettung zur Explosion der Schuldenstände geführt hat.

Die eigentlichen Gründe der Krise werden dort völlig ignoriert, und das sind neben der jahrelangen Politik des Steuer-, Lohn- und Sozialdumpings auch die von der Leine gelassenen Finanzmärkte. Die riesigen Vermögen der Krisenprofiteure werden nicht belangt.

Der Fiskalvertrag ist auch ein Angriff auf die Demokratie in Deutschland und in Europa.

Mit ihm wird das demokratische Haushaltsrecht der Parlamente ausgehebelt, sobald ein Land vom strikten Weg der Sparpolitik und von den verschärften Regeln der Währungsunion abweicht. Künftig werden dann nichtgewählte europäische Institutionen wie Kommission und Europäischer Gerichtshof über nationale Steuergelder entscheiden.

Eine aktive Konjunkturpolitik wird

in Zukunft ebenso unmöglich sein wie eine gestaltende Finanzpolitik, z.B. zur Einleitung der sozial-ökologischen Wende.

Der Fiskalpakt legt die Axt an die parlamentarische Demokratie!

DIE LINKE fordert

Dieser Pakt muss verhindert wer-

den!

Der Vertrag verschärft die Eurokrise und löst sie nicht!

Er verschärft die wirtschaftliche und soziale Spaltung Europas und gefährdet das europäische Projekt. Notwendig ist ein Vertrag, der in die exakt gegenteilige Richtung geht:

– Die Kürzungsdiktate müssen aufgehört werden, die Politik muss aus dem Würgegriff der Finanzjongleure befreit werden!

Dazu sollen die Eurostaaten über eine öffentliche europäische Bank zinsgünstige Kredite bei der Europäischen Zentralbank erhalten.

Zu Gast bei den DEFA-Filmtagen in Merseburg

Die Frauenarbeitsgemeinschaft Lisa traf sich im Januar im Merseburger Domstadtkino zur Defa-Filmwoche, die von einem Verein unter Dr. Halina Anton, selbst Lisa-Frau, bereits zum siebenten Mal veranstaltet wurde.

In den vorangegangenen Jahren waren so bekannte Schauspieler wie Rolf Hoppe oder Annekathrin Bürger mit Filmen zu Gast, Filme, die vielen von uns noch in lebendiger Erinnerung sind. Und immer im Anschluss daran ein Gespräch mit den jeweiligen Hauptdarstellern, oder, wie bei Annekathrin Bürger, mit einer Lesung aus ihrem Buch „Der Rest, der bleibt“.

Dieses Mal nun war das Schauspieler-Ehepaar Angelica Domröse und Hilmar Thate zu Gast.

Beide haben Bücher veröffentlicht, Angelica Domröse „Ich fang mich selbst ein“, Hilmar Thate „Neulich, als ich noch Kind war“.

Thate ist besonders mit unserer Region verbunden, denn er wurde 1931 in Dölau bei Halle geboren und beschreibt im Buch, wie er von einer Welt hinter Halle träumt.

Zurück ins Kino, hier wurde am Nachmittag „Effi Briest“ gezeigt. Der Film, der das Leben der Elisabeth von Ardenne nachzeichnet. Theodor Fontane schrieb das Buch über die Großmutter des berühm-

ten Physikers Manfred von Ardenne.

Über mangelndes Interesse konnte das Kino wahrlich nicht klagen, denn die Vorstellungen an diesem Tag waren bereits ausverkauft. So auch die Abendvorstellung mit dem Film „Fleur Lafontaine“ und dem anschließenden Gespräch mit den beiden Hauptdarstellern.

Ein emotional berührender Film, das war auch den Beiden anzumerken. Sie beklagten den Verlust einiger Darsteller im Film, besonders den Tod eines engen Freundes wie Eberhard Esche. Angelica Domröses Tränen waren für viele von uns nachvollziehbar. Umso unverständlicher die wenig sensible Moderation von Andreas Montag. Er ließ ihnen nicht den nötigen Raum für Besinnung nach Filmen.

Angelica Domröse erzählte von dem Zehren des Drehtages, am Abend dann im Theater auf der Bühne und den nächsten Tag wieder so weiter. Sie wog nach Abschluss der Aufnahmen nur noch 90 Pfund. Vieles Interessante erfahren wir über ihr Schauspielerleben, die Querelen, politischen Umstände und den Weggang, der eine schmerzliche Entscheidung war. Denn das bedeutete ja auch gleichzeitig den Abschied vom ge-

wohnten Publikum ins Ungewisse. Letztendlich zeigte sich, dass sich ihnen dann doch wunderbare Möglichkeiten eröffneten.

Nachdrücklich darauf angesprochen, was ihnen Heimat bedeutet, sagte A.D. „Ich bin dort zu Hause, wo ich verstanden werde und immer Recht habe.“ Nicht der einzige Lacher an diesem Abend. Was mir besonders gefiel, war der sensible Umgang der Beiden miteinander, sehr aufeinander eingestellt. Genau diese Verbundenheit ist es sicher, was den Zusammenhalt über so viele Jahre ausmacht, in diesem Genre nicht gerade an der Tagesordnung.

Zum Schluss gab Angelica Domröse ihren Empfindungen Ausdruck, womit sie auf die Reaktionen im Publikum einging „Das, was hier zwischen uns schwirrt, hat eine gemeinsame Geschichte“.

Danke für diesen wunderbaren Abend.

Karin Denk

FAG Lisa Sachsen-Anhalt



„Wasser ist zur Waffe geworden“

Mit einer Delegation der Linkspartei war die religionspolitische Sprecherin Helga Paschke nach Israel gereist

Noch spürbar beeindruckt erzählt Helga Paschke von den Erlebnissen ihrer ersten Israel-Reise.

Vom Besuch der Holocaustgedenkstätte Yad Vashem, von der Tour in die Westbank und die besetzte Stadt Hebron. Vielleicht sind es gerade jene beiden Orte, wo der Nahost-Konflikt überhaupt nur greifbar werden kann. Wo man wirklich versteht, warum sich jüdische und palästinensische Menschen scheinbar unversöhnlich gegenüber stehen.

Kurz nach dem Jahreswechsel war die religionspolitische Sprecherin der Linksfraktion zu der siebentägigen Israel-Reise gestartet. Sie war Mitglied einer Delegation der Linkspartei, die eine jüngst geführte Antisemitismusdebatte weder weg- noch schönreden kann. „Es war für uns wichtig, den Konflikt vor Ort zu erleben“, meinte sie. Aus allen Bundesländern waren Vertreter der LINKEN mitgereist, unter anderem Dagmar Enkelmann, Wolfgang Gehrcke und Parteichef Klaus Ernst.

Man kann es auch einen Einsatz für Friedensgespräche im Nahen Osten nennen und wenn man Helga Paschke zuhört, kann kaum Zweifel an einem solchen Einsatz entstehen. Sie erzählt von Straßen in Hebron, wo Israelis und Palästinenser getrennt voneinander laufen müssen. Von Militär, Sperrungen und einer verlassenen Innenstadt, die „gespenstisch“ wirkt. Wasser sei zur Waffe geworden, wo Beduinen durch die Sprengung von Brunnen aus der Westbank ver-

trieben werden sollen. Der israelische Siedlungsbau stehe den Friedensgesprächen als großes Hindernis entgegen.

„In Yad Vashem lernt man hingegen die Historie und das jüdische Volk verstehen“, fährt die Linksfraktionsabgeordnete aus dem Wahlkreis Stendal fort. Dort, wo die Delegation der LINKEN im Gedenken an die Holocaustopfer Blumen niederlegte und sie selbst im so genannten Tal der Gemeinden die Städtenamen Halle, Wittenberg, Dessau, Köthen und Zerbst entdeckte. Die dortigen Tafeln dokumentieren Städte in Sachsen-Anhalt, in denen jüdisches Leben während des Holocaust völlig ausgelöscht wurde. „Es wird mehr als deutlich, dass Juden das Recht auf einen eigenen Staat haben und jüdisches Leben unterstützt werden muss“.

Letztlich war es die Forderung nach einer Zwei-Staatenlösung in den Grenzen von 1967, die die Delegation der Linkspartei während zahlreicher Treffen mit Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen in Israel diskutierte. Ein Besuch der Knesset und Gespräche mit Abgeordneten aller dort sitzenden Parteien standen genauso auf dem Programm, wie ein Treffen mit dem Generalsekretär der PLO und Vertretern des Auswärtigen Amtes. Vor allem gehe es darum, die demokratischen Kräfte im Land zu unterstützen, meinte Helga Paschke. Kritik übe man an der israelischen Regierung, die die Demokratie zunehmend bedrohe.

„Das ist sehr dünnes Eis“, sagt die Linksfraktionsabgeordnete und führt einen Gesetzentwurf der Knesset an. Danach sollen Parteistiftungen, die nicht mit israelischen Regierungsorganisationen zusammen arbeiten, künftig verboten werden. Presse- und Meinungsfreiheit würden zudem mehr und mehr eingeschränkt, etwa durch die Schließung von Rundfunksendern. „Arabische Minderheiten werden in der Knesset als Abgeordnete zweiter Klasse behandelt“, so Helga Paschke. Eins habe man als Delegation jedoch ganz deutlich unterstrichen:

Der Boykott jüdischer Waren und Geschäfte ist als Mittel des Protests gegen die israelische Regierung ausgeschlossen.

Die Entscheidung über die Wiederaufnahme von Friedensgesprächen zwischen Israel und Palästina stand kurz bevor, als Helga Paschke zurück in Deutschland von ihrer Reise berichtete. Inzwischen steht fest, dass kein Durchbruch erzielt werden konnte und die seit 16 Monaten ruhenden Verhandlungen beider Staaten weiterhin auf Eis liegen.

Ein Konflikt schwelt weiter, der die Arbeit demokratischer und zivilgesellschaftlicher Kräfte umso wichtiger macht.

Dazu gehören auch die Auslandsbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Israel, die die Reise organisiert hatten und vor Ort eine „hervorragende Arbeit“ leisten, wie die Linksfraktionsabgeordnete meinte.